

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag.^a Selma Yildirim, Mag. Jörg Leichtfried,
Genossinnen und Genossen,

betreffend „Verschärfung des Korruptionsrechts bei Amtsdelikten für
Spitzenpolitiker*innen“

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Dringlichen Antrag der Abgeordneten
Mag. Jörg Leichtfried an den Bundeskanzler betreffend „ÖVP-Korruption beenden
statt aussitzen – Sofortmaßnahmen zur Stärkung von Transparenz, Aufklärung und
Anstand sowie Neuwahlen als einziger Weg“.

Spitzenpolitiker*innen tragen durch ihre Vorbildwirkung besondere Verantwortung,
sie vertreten in ihrer Funktion die Republik Österreich und sind dieser im besonderen
Maße verpflichtet. Bedauerlicherweise hat sich aber in letzter Zeit auch gezeigt, dass
nicht alle diesen hohen Ansprüchen gerecht werden. Es sollen daher in Zukunft bei
Amtsdelikten des 22. Abschnittes des Strafgesetzbuches betreffend die §§ 302ff für
die Spitzenpolitiker*innen höhere Strafdrohungen gelten. Dadurch verlängert sich
auch die Verjährungsfrist.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Entschliebung

Der Nationalrat hat beschlossen:

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz, wird
aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage noch in diesem Jahr
zuzuleiten, mit welcher bei jenen Amtsdelikten des 22. Abschnittes des
Strafgesetzbuches betreffend die §§ 302ff, die über einen qualifizierten Tatbestand
verfügen, die Strafdrohung des qualifizierten Tatbestandes auch für die Begehung
des Grundtatbestandes durch Spitzenpolitiker*innen, wie insbesondere
Bundeskanzler*in, anderen Mitglieder der Bundesregierung, Staatssekretär*innen,
Präsident*in des Nationalrates, die Klubvorsitzenden, alle anderen Abgeordneten,
gilt.


(Machnetter)
(Leichtfried)
(Yildirim)
(Kolln)
www.parlament.gv.at

